

LEBENSMITTELINDUSTRIE

Wiesenhof fürchtet Imageschaden



Wesjohann

Der Geflügelproduzent Wiesenhof streitet weiter erbittert mit dem Südwestrundfunk (SWR) über eine „ARD-exklusiv“-Reportage, die am Mittwoch unter dem Titel „Das System Wiesenhof. Wie ein Geflügelkonzern Tiere, Menschen und Umwelt ausbeutet“ gesendet werden soll. Der Konzern, der zu den größten Geflügelproduzenten Europas gehört, reichte jetzt eine Programmbeschwerde ein, bereits Ende Juli versuchte er, den Untertitel per Unterlassungsaufforderung zu verbieten. Die angekündigten Inhalte verletzen Programmgrundsätze wie gewissenhafte Recherche, Ausgewogenheit, Wahrheit und Sachlichkeit, heißt es. Man bitte daher um eine kurzfristige, außerordentliche Sitzung des Rundfunkrats. Außerdem kritisierte Wiesenhof-Gründer Paul-Heinz Wesjohann in einem Brief an Fernsehdirektor Bernhard Nellesen, die Redaktion lasse sich von einer Kampagne „radikaler Tierschützer“ instrumentalisieren. Beim SWR staunt man: „Dass es bereits vor der Ausstrahlung des Films Programmbeschwerden gegeben hat, ist meines Wissens noch nie vorgekommen“, sagt der zuständige Redakteur. Der Vorwurf der Voreingenommenheit sei „angesichts der Vielzahl an Informanten und Interviewpartner ziemlich abwegig“.

KOMMUNEN

Ministerium empfiehlt Klage

Geschäfts- und Landesbanken drohen von Kommunen neue Klagen wegen riskanter Zinswetten. Als erstes Bundesland hat Sachsen seinen Städten und Kreisen „dringend empfohlen“, etwaige Schadensersatzansprüche aus verlustreichen sogenannten Swap-Geschäften vor Gericht geltend zu machen. Die rechtliche Prüfung, heißt es in einem Schreiben des Dresdner Innenministeriums, sollte „aufgrund der kurzen Verjährungsfristen sofort durchgeführt werden“. Auch gibt das Ministerium zu bedenken, dass die

betroffenen Kommunen „durch Untätigkeit“ staatsanwaltliche Ermittlungen wegen Untreue riskierten. Hintergrund des Briefs ist eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs, der im März die Deutsche Bank wegen Falschberatung bei einem Swap-Geschäft zu Schadensersatz in Höhe von 540 000 Euro verurteilt hatte. Über 2600 derartige Verträge hatten Geldinstitute mit Kommunen, städtischen Unternehmen und Zweckverbänden geschlossen. 2010 hatten die Kontrakte ein Volumen von 63,7 Milliarden Euro.

ZITAT

„In Deutschland fordern Wohlhabende schon seit Jahren eine Reichensteuer, die Politik setzt diese Forderung aber nicht durch.“

Ernst Prost, Geschäftsführer des Schmieröherstellers Liqui Moly